



Satzung der Turngemeinde Groß-Karben 1891 e.V.

Stand: 22 November 2024

A. Allgemeines
Soweit in dieser Satzung bei der Bezeichnung von Satzungsämtern u.ä. die männliche Form gebraucht wird, sind Frauen und Männer in gleicher Weise angesprochen. Die Verwendung der männlichen Bezeichnung dient allein der Vereinfachung und Lesbarkeit der Satzung.
§ 01 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr
1. Der Verein führt den Namen "Turngemeinde Groß-Karben 1891 e.V." abgekürzt: "TG Groß-Karben". Er wurde am 01. März 1891 gegründet.
2. Der Sitz des Vereins ist Karben.
3. Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Frankfurt am Main unter VR12920 eingetragen.
4. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
5. Die Vereinsfarben sind rot und weiß.
§ 02 Zweck des Vereins
1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports, die sportliche Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Jugendpflege.
2. Der Vereinszweck wird insbesondere verwirklicht durch: a) das Durchführen von regelmäßigen Trainingsstunden, b) die Durchführung eines leistungsorientierten Trainingsbetriebs, c) den Aufbau eines umfassenden Trainings- und Übungsprogramms für alle Bereiche des Sports, einschließlich des Freizeit- und Breitensports, d) die Durchführung von Übungsstunden, Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen, e) die Durchführung, Förderung und Unterstützung der fachlichen und überfachlichen Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter. f) die Durchführung von allgemeinen und offenen Jugendveranstaltungen und Maßnahmen, g) die Teilnahme an sportsspezifischen und auch übergreifenden Sport- und Vereinsveranstaltungen, h) die Beteiligung an Turnieren und Vorführungen, i) Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch offene Sportangebote, Turniere und anderen Mitteln des organisierten Sports
3. Bei der Durchführung des Absatzes 2 sind im Hinblick auf den völkerverbindenden Wert des Sports Beziehungen mit ausländischen Sportvereinen anzustreben.
§ 03 Gemeinnützigkeit
1. Der Verein verfolgt im Rahmen von § 2 dieser Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Alle Mittel des Vereins dürfen nur zu satzungsmäßigen Zwecken verwendet werden.
4. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
5. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
6. Ausscheidende Mitglieder haben gegen den Verein keine Ansprüche auf Zahlung des Wertes eines Anteils am Vereinsvermögen.
§ 04 Verbandsmitgliedschaften

1. Der Verein ist u.a. Mitglied im a) Landessportbund Hessen e.V. b) Arbeitsgemeinschaft der Karbener Sportvereine e.V.
2. Die Abteilungen des Vereins können Mitglied in den jeweiligen Landes- und Bundes-Fachverbänden sein.
3. Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Vereine und Verbände gem. Absatz 1 und 2 als verbindlich an.
4. Die Mitglieder des Vereins unterwerfen sich durch ihren Beitritt zum Verein den Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Vereine und Verbände gemäß Absatz 1 und 2. Soweit danach Verbandsrecht zwingend ist, überträgt der Verein seine Ordnungsgewalt auf die Vereine und Verbände gemäß Absatz 1 und 2.
B. Grundsätze der Vereinstätigkeit
§ 05 Grundsätze und Werte der Vereinstätigkeit
1. Der Verein ist politisch und religiös neutral und steht mit all seinen Belangen auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.
2. Der Verein fördert die Funktion des Sports als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine sportliche Heimat.
3. Der Verein, seine Mitglieder und Mitarbeiter bekennen sich zu den Grundsätzen eines umfassenden Kinder- und Jugendschutzes u.a. auf der Grundlage des Bundeskinderschutzgesetzes und treten für die Integrität und die körperliche und seelische Unversehrtheit und Selbstbestimmung der anvertrauten Kinder und Jugendlichen ein.
4. Mitglieder, die eine mit diesen Grundsätzen unvereinbare Gesinnung innerhalb und außerhalb des Vereins offenbaren, einschließlich des Tragens beziehungsweise Zeigens extremistischer Kennzeichen und Symbole, werden aus dem Verein ausgeschlossen.
C. Vereinsmitgliedschaft
§ 06 Mitgliedschaften
1. Mitglied des Vereins kann jede Person werden, die sich zu den Grundsätzen und Werten des Vereins nach § 05 dieser Satzung bekennen, die nicht aus einem der in § 04 genannten Verbände ausgeschlossen und bei der erkennbar ist, dass sie die Ziele des Vereins nach bestem Willen zu fördern bereit ist.
2. Der Verein besteht aus: a) aktiven Mitgliedern, b) passiven Mitgliedern, c) außerordentlichen Mitgliedern, d) Ehrenmitgliedern.
3. Aktive Mitglieder sind alle Mitglieder, die sich am Vereinsleben durch Teilnahme an den Sportangeboten und den Vereinsveranstaltungen beteiligen, ohne Rücksicht auf das Lebensalter.
4. Passive Mitglieder sind dem Verein verbunden, ohne dass sie am Sportbetrieb teilnehmen. Sie genießen Teilnahmerecht an allgemeinen Vereinsveranstaltungen. Die Beitragszahlung wird entsprechend in der Beitragsordnung geregelt. Passive Mitglieder besitzen Wahl- und Stimmrecht.
5. Außerordentliche Mitglieder sind die fördernden Mitglieder des Vereins. Fördernde Mitglieder unterstützen den Verein durch finanzielle, wirtschaftliche oder ideelle Leistungen. Sie genießen Beitragsfreiheit und besitzen kein Wahl- und Stimmrecht sowie kein Recht zur Teilnahme am Sportbetrieb.
6. Auf Vorschlag des Vorstandes kann der Vereinsrat Personen, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Das Ehrenmitglied genießt Beitragsfreiheit sowie alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.
7. Ein Mitglied kann das Ruhen seiner Mitgliedschaft schriftlich beim Vorstand beantragen. Während des Ruhens der Mitgliedschaft sind die Mitgliedsrechte und -pflichten des Mitglieds ausgesetzt.
§ 07 Erwerb der Mitgliedschaft
1. Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Vorstand zu richten. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, dem Verein ein SEPA-Mandat für den Lastschrifteinzug der Beiträge, Gebühren und Umlagen zu erteilen. Die Erklärung des Mitglieds erfolgt dazu auf dem Aufnahmeantrag, ebenso die Anerkennung der Datenschutzordnung.
2. Der Antrag eines beschränkt Geschäftsfähigen oder Geschäftsunfähigen ist von den Sorgeberechtigten zu stellen.
3. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Vereinsrats durch Beschluss. Mit der Aufnahme unterwirft sich das Mitglied der Satzung, den bestehenden Ordnungen und Richtlinien des Vereins.
4. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.
§ 08 Beendigung der Mitgliedschaft
1. Die Mitgliedschaft endet durch a) Tod b) Austritt aus dem Verein (Kündigung) c) Ausschluss aus dem Verein

<p>2. Der Austritt aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung (Kündigung) gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Halbjahresende (30. Juni des Jahres) und zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen erklärt werden. Die Kündigung muss schriftlich erklärt werden.</p> <p>3. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten, bleiben unberührt.</p>
<p>§ 09 Streichung aus der Mitgliederliste</p> <p>1. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes nach Anhörung des Vereinsrats von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Beiträgen in Verzug ist.</p> <p>2. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach Absendung der zweiten Mahnung drei Wochen verstrichen sind und in dieser Mahnung ausdrücklich die Streichung angedroht wurde.</p> <p>3. Bestehende Beitragspflichten (Schulden) bleiben unberührt.</p> <p>4. In besonderen Einzelfällen, zum Beispiel sozialen Härten, kann der Vorstand hiervon abweichende Entscheidungen treffen.</p>
<p>§ 10 Ausschluss aus dem Verein aus einem wichtigen Grund</p> <p>1. Ein Ausschluss muss erfolgen, wenn ein Mitglied gegen die in § 05 der Satzung genannten Grundsätze und Werte der Vereinstätigkeit zuwiderhandelt.</p> <p>2. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Dieser liegt insbesondere vor, wenn ein Mitglied seine Mitgliedschaftsrechte oder -pflichten verletzt und dem Verein unter Abwägung der beiderseitigen Interessen ein weiteres Verbleiben des Mitglieds im Verein nicht zugemutet werden kann. Dies ist insbesondere der Fall, wenn das Mitglied</p> <p>a) die Bestimmungen der Satzung, Ordnungen oder die Interessen des Vereins verletzt und die Vereinsziele missachtet</p> <p>b) die Anordnungen und Beschlüsse der Vereinsorgane nicht befolgt</p> <p>c) mit den Zahlungen seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung im Rückstand ist</p> <p>d) ein unsportliches Verhalten oder ein Verstoß gegen Fair-Play-Regeln vorliegt</p> <p>e) sich vereinschädigend innerhalb des Vereins und in der Öffentlichkeit verhält</p> <p>3. Über den Ausschluss entscheidet der Vereinsrat auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied berechtigt.</p> <p>4. Der Ausschließungsantrag ist dem betreffenden Mitglied einschließlich Begründung mit der Aufforderung zuzuleiten, sich binnen einer Frist von zwei Wochen schriftlich zu erklären. Nach Ablauf der Frist ist unter Berücksichtigung der etwa eingegangenen Äußerung des Mitglieds zu entscheiden.</p> <p>5. Der Vereinsrat entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.</p> <p>6. Der Ausschließungsbeschluss wird sofort mit Beschlussfassung wirksam.</p> <p>7. Der Beschluss des Vereinsrats ist dem Mitglied in einem eingeschriebenen Brief, schriftlich mitzuteilen.</p> <p>8. Gegen den Ausschließungsbeschluss steht dem betroffenen Mitglied das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Diese ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Mitteilung der Entscheidung schriftlich an den Vorstand Vereinsrat zu richten. Sie ist zu begründen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>9. Über die Beschwerde entscheidet die nächste Mitgliederversammlung. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.</p> <p>10. Eine Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitglieds ist frühestens nach Ablauf eines Jahres möglich. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.</p>
<p>D. Rechte und Pflichten der Mitglieder</p> <p>§ 11 Beitragsleistungen und Pflichten</p> <p>1. Die Mitglieder sind verpflichtet, Beiträge an den Verein zu leisten, die auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Die Beitragshöhe kann nach Mitgliedergruppen unterschiedlich festgesetzt werden. Die Unterschiede müssen sachlich rechtfertigt sein.</p> <p>2. Folgende Beiträge / Gebühren sind durch die Mitglieder zu leisten:</p> <p>a) eine einmalige Aufnahmegebühr</p> <p>b) ein monatlicher Beitrag</p> <p>c) Gebühren für besondere Leistungen des Vereins</p> <p>d) Abteilungsbeiträge</p> <p>3. Jedes Mitglied, das das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist weiter verpflichtet, die zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Vereinseinrichtungen und -anlagen festgelegte Arbeitsstunden, im Falle der Nichtleistung, die ersatzweise festgesetzte Stundenvergütung, zu erbringen.</p> <p>4. Die Anzahl der Arbeitsstunden und Stundenvergütungen bestimmt der Vereinsrat durch Beschluss.</p> <p>5. Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen und -pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.</p> <p>6. Ehrenvorsitzende und Ehrenmitglieder sind beitragsfrei.</p>

<p>7. Die Sorgeberechtigten von minderjährigen Vereinsmitgliedern verpflichten sich zur Leistung der Beitragspflichten und Gebühren der Minderjährigen gegenüber dem Verein.</p> <p>8. Minderjährige Mitglieder werden mit Eintritt der Volljährigkeit automatisch als erwachsene Mitglieder im Verein weitergeführt und beitragsmäßig veranlagt. Das betroffene Mitglied wird darüber rechtzeitig vom Verein informiert.</p> <p>9. Die Abteilungen sind berechtigt, von ihren Abteilungsmitgliedern neben den Beiträgen gemäß Absatz (4 2), einen gesonderten Abteilungsbeitrag zu erheben. Über die Höhe des Abteilungsbeitrags entscheidet die Abteilungsversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Höhe der Beiträge muss dem Vorstand Vereinsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Kommt keine Abteilungsversammlung zustande, entscheidet der Vereinsrat über den Abteilungsbeitrag mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.</p> <p>10. Weitere Einzelheiten zum Beitragswesen können in einer Beitragsordnung geregelt werden.</p>
<p>§ 12 Erhebung von Umlagen</p> <p>1. Neben dem Beitrag kann es im Einzelfall erforderlich sein, dass der Verein einen nicht vorhersehbaren größeren Finanzbedarf decken muss, der mit den regelmäßigen Beiträgen der Mitglieder nicht zu decken ist (z.B. nicht vorhersehbare Verschuldung des Vereins, Finanzierung eines Projektes oder größere Aufgaben).</p> <p>2. In diesem Fall kann eine Mitgliederversammlung die Erhebung einer einmaligen Umlage von den Mitgliedern beschließen. Der Beschluss ist mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder zu fassen. Die Voraussetzungen der Nicht Vorhersehbarkeit sind zu begründen. Die Höhe der Umlage, die das einzelne Mitglied als Einmalzahlung zu erbringen hat, darf 100% des durch das Mitglied zu leistendem Jahresbeitrag nicht übersteigen.</p>
<p>§ 13 Mitgliedschaftsrechte, Stimmrechte</p> <p>1. Die Mitglieder sind berechtigt</p> <p>a) alle vom Verein gebundenen Einrichtungen unter Beachtung bestehender Sonderbestimmungen zu nutzen,</p> <p>b) alle vom Verein angebotenen Sportmöglichkeiten und -geräte auch außerhalb der eigenen Abteilung zu nutzen,</p> <p>c) zusätzliche Sportanlagenzeiten bei Nachweis der Notwendigkeit zu beantragen,</p> <p>d) in allen Organen oder Ausschüssen des Vereines vorbehaltlich ihrer Wahl oder Berufung mitzuarbeiten,</p> <p>e) Unterstützung bei Aus- und Weiterbildung im Rahmen des Vereinszwecks zu erhalten.</p> <p>2. Jedes Mitglied kann Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Mitgliederversammlung einlegen. Der Einspruch muss innerhalb von vier Wochen nach dem Beschluss beim Vorstand erfolgen.</p> <p>3. Stimmberechtigt für Abstimmungsvorgänge aller Organe des Vereins gemäß §15 der Satzung sind alle Mitglieder ab vollendetem 16. Lebensjahr. Beim Stimmrecht der Jugendvertretung gelten die in der Jugendordnung festgelegten Altersbegrenzungen.</p> <p>4. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.</p> <p>5. Wählbar für die Vereinsorgane entsprechend § 15 sind alle Mitglieder mit Vollendung des 16. Lebensjahres. Bei der Wahl der Jugendvertretung gelten die in der Jugendordnung festgelegten Altersbegrenzungen.</p>
<p>§ 14 Maßregelungen gegen Mitglieder</p> <p>1. Ein Mitglied kann durch den Vorstand mit Zustimmung des Vereinsrates, oder eines vom Vorstand eingesetzten Ausschusses, bei vereinschädigendem Verhalten oder bei Verstößen gegen diese Satzung oder die Vereinsordnungen gemäßregelt werden.</p> <p>2. Dabei können folgende Sanktionen getroffen werden:</p> <p>a) offizieller Tadel durch eine schriftliche Rüge</p> <p>b) befristeter Ausschluss aus dem Verein bis zu einer Höchstdauer von einem Jahr</p> <p>c) Geldstrafen in Höhe von maximalen dem 10-fachen des Jahresbeitrages des Mitglieds</p> <p>d) Bei Mitgliedern der Vereinsorgane kann in schweren Fällen die Funktion entzogen werden</p> <p>3. Das erforderliche Verfahren und die Ermittlungen zum Sachverhalt werden durch den Vorstand eingeleitet.</p> <p>4. Das betroffene Mitglied hat Anhörsungsrecht. Es ist verpflichtet, einer Ladung des Vereinsorgans Folge zu leisten und vor ihm wahrheitsgemäß auszusagen.</p> <p>5. Der Verein ist berechtigt, bei jedem Maßregelungsfall eine angemessene Bearbeitungsgebühr zu erheben.</p> <p>6. Das betroffene Mitglied hat das Recht innerhalb von sieben Tagen nach Aussprache der Maßregelung, Einspruch beim Vorstand einzulegen. Die Maßregelung muss daher mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen sein. Die erneute Entscheidung des Vorstandes mit Zustimmung des Vereinsrats ist endgültig. Der Weg zu den staatlichen Gerichten bleibt unberührt.</p>
<p>E. Organe des Vereins</p> <p>§ 15 Die Vereinsorgane</p> <p>1. Die Organe des Vereins sind:</p> <p>a) die Mitgliederversammlung</p> <p>b) der Vorstand gemäß § 26 BGB</p> <p>2. Weitere Organe können sein:</p> <p>a) der Vereinsrat</p> <p>b) die Jugendversammlung</p> <p>c) die Abteilungsversammlung</p> <p>3. Alle Organmitglieder müssen Vereinsmitglieder sein.</p>

<p>§ 16 Ordentliche Mitgliederversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> Die Mitgliederversammlung ist das höchste Entscheidungsorgan des Vereins. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal jährlich statt. Der Termin der Mitgliederversammlung mit der vorläufigen Tagesordnung wird durch den Vorstand sechs Wochen vorher per Aushang in der Sporthalle des Vereins (Sporthalle am Park, Karben) und auf der Homepage des Vereins unter www.tg-gross-karben.de bekannt gegeben. Alle Mitglieder sind berechtigt, bis drei Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung schriftlich Anträge zur Tagesordnung mit Begründung beim Vorstand einzureichen. Darauf ist in der Terminankündigung unter Hinweis auf die Frist einzugehen. Die endgültige Tagesordnung mit Nennung der eingegangenen Anträge wird den Mitgliedern zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung per Aushang in der Sporthalle des Vereins (Sporthalle am Park, Karben) und auf der Homepage des Vereins unter www.tg-gross-karben.de bekannt gegeben. Nach Bekanntgabe der endgültigen Tagesordnung können im Ausnahmefall noch Dringlichkeitsanträge beim Vorstand bis eine Woche vor der Mitgliederversammlung mit schriftlicher Begründung eingereicht werden. Als Dringlichkeitsanträge sind ausnahmsweise nur solche Anträge zulässig, die innerhalb der oben erwähnten Fristen nachweisbar nicht eingereicht werden konnten und der Sache nach für den Verein von so herausragender Bedeutung sind, dass sie in die Tagesordnung der Mitgliederversammlung aufzunehmen sind. Der Vorstand muss diese Anträge unverzüglich per Aushang in der Sporthalle des Vereins bekannt geben. Ferner ist erforderlich, dass die Mitglieder den Antrag mit einer 2/3 - Mehrheit der abgegebenen Stimmen in die Tagesordnung aufnehmen. Anträge auf Satzungsänderung können nicht per Dringlichkeitsantrag gestellt werden. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem anderen Mitglied des Vorstandes, geleitet. Alle Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen per Handzeichen. Wenn der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt wird, entscheidet darüber die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit. Weitere Einzelheiten können in der Geschäftsordnung geregelt werden. <p>§ 17 Zuständigkeiten der ordentlichen Mitgliederversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> Die Mitgliederversammlung ist unter anderem in folgenden Vereinsangelegenheiten zuständig: <ol style="list-style-type: none"> Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes, Entlastung des Vorstandes, Entlastung des Vereinsrates Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Vereinsrates, Wahl der Kassenprüfer, Änderung der Satzung und Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Beschlussfassung über die Erhebung von Beiträgen und Umlagen, Erlass von Ordnungen, Beschlussfassung über Beschwerden zu Vereinsausschlüssen und die Neuaufnahme ausgeschlossener Mitglieder, Beschlussfassung über eingereichte Anträge. <p>§ 18 Beschlussfassung, Protokollierung</p> <ol style="list-style-type: none"> Alle Organe des Vereins fassen ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Alle Beschlüsse der Vereinsorgane sind schriftlich zu protokollieren. Das Protokoll der Mitgliederversammlung ist vom jeweiligen Protokollführer und vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen. Im Einzelfall kann über Geschäftsfälle der Organe des Vereins, mit Ausnahme der Mitgliederversammlung, eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren per E-Mail erfolgen. Näheres dazu wird in der Geschäftsordnung des Vereins geregelt. <p>§ 19 Satzungs- und Zweckänderungen</p> <ol style="list-style-type: none"> Beschlüsse über die Änderung der Vereinssatzung fasst die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Über Änderungen des Vereinszwecks nach § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Eine Satzungsänderung erlangt Wirksamkeit mit Eintragung des Satzungsänderungsbeschlusses der Mitgliederversammlung in das Vereinsregister Die Eintragung einer Satzungsänderung ist den Mitgliedern unter Angabe des Datums der Eintragung auf der Homepage des Vereins unter www.tg-gross-karben.de bekanntzugeben. <p>§ 20 Außerordentliche Mitgliederversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies im Interesse des Vereins erforderlich ist. Diese kann vom Vorstand, vom Vereinsrat oder im Rahmen eines Minderheitenverlangens von 10% der
--

<p>Vereinsmitglieder beantragt werden. Der Vorstand muss innerhalb von drei Wochen eine Entscheidung fällen und einen Termin bekannt geben.</p> <ol style="list-style-type: none"> Die Ladungsfrist beträgt drei Wochen. Die Bekanntmachung und Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung sowie der dazugehörigen Tagesordnung erfolgt per Aushang in der Sporthalle des Vereins (Sporthalle am Park, Karben) und auf der Homepage des Vereins unter www.tg-gross-karben.de. <p>4+ Für die Leitung gilt §16 (8) und für Beschlussfassung und das Protokoll §18 analog.</p> <p>§ 21 Vorstand gemäß § 26 BGB</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Vorstand des Vereins besteht aus: <ol style="list-style-type: none"> dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden, dem Schatzmeister und weiteren, von der Mitgliederversammlung gewählten Personen Personalunion ist unzulässig. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt nach Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl im Amt. Abwesende können gewählt werden, wenn sie Ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes vorher schriftlich erklärt haben. Scheidet ein einzelnes Vorstandsmitglied während der laufenden Amtsperiode gleich aus welchem Grund aus, so kann der Vereinsrat ein kommissarisches Vorstandsmitglied berufen. Diese Berufung ist auf jeden Fall auf die restliche Amtszeit der laufenden Amtsperiode des Vorstandes beschränkt und wird mit der regulären Wahl durch die nächste Mitgliederversammlung hinfällig. Die Mitglieder des Vorstandes haben in der Mitgliederversammlung je eine Stimme. Sitzungen des Vorstandes werden durch den 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung, durch den 2. Vorsitzenden, einberufen. <p>§ 22 Aufgaben des Vorstands gemäß § 26 BGB</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Vorstand leitet und führt den Verein nach Maßgabe dieser Satzung und der Ordnungen, wie es der Vereinszweck zur Förderung der Mitglieder und damit der Vereinsinteressen erfordert. Er ist für sämtliche Vereinsangelegenheiten zuständig, soweit diese nach der Satzung nicht ausdrücklich einem anderen Organ oder den Abteilungen zugewiesen sind. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch die in § 21, Absatz 1 genannten Personen vertreten. Es müssen jeweils zwei Vertreter des Vorstandes gemeinsam handeln. Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist in der Weise beschränkt, dass er <ol style="list-style-type: none"> bei Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert von 20.000 € bis 100.000 € verpflichtet ist, die Zustimmung des Vereinsrates einzuholen, bei Abschluss von Grundstücksgeschäften jeglicher Art und Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert von mehr als 100.000 € vorher die Zustimmung der Mitgliederversammlung einholen muss. Der Vorstand regelt im Rahmen seiner Gesamtaufgaben die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche seiner Mitglieder selbst und kann sich einen Geschäftsverteilungsplan geben. Der Vorstand ist ermächtigt, Referenten und Ausschüsse befristet oder projektbezogen zu berufen. <p>§ 23 Amtsenthebung des Vorstands</p> <ol style="list-style-type: none"> Durch eine Mitgliederversammlung oder eine außerordentliche Mitgliederversammlung können Mitglieder des Vorstandes aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung befristet oder dauerhaft von ihrem Amt entbunden werden. Ein solcher Grund liegt insbesondere bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Amtsführung, sowie bei der Gefährdung der Vereinsinteressen, vor. Vor der Beschlussfassung ist dem betroffenen Vorstandsmitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (rechtliches Gehör). Für den Entbindungsbeschluss bedarf es einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Die Abstimmung muss geheim erfolgen. Das entbundene Vorstandsmitglied ist für die restliche Amtszeit kommissarisch zu ersetzen. Die Entscheidung trifft die Mitgliederversammlung oder die außerordentliche Mitgliederversammlung per einfachen Beschluss. Die Änderung ist im Vereinsregister durch den Vorstand anzumelden. Der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten steht dem entbundenen Vorstandsmitglied frei. <p>§ 24 Rücktritt des Vorstands</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Rücktritt von einem Vorstandsamt kann nur in der Mitgliederversammlung, in einer Vorstandssitzung oder gegenüber einem anderen Vorstandsmitglied gemäß § 26 BGB erklärt werden. Die Erklärung bedarf der Schriftform, da sie als Nachweis für die Eintragung der Löschung des Vorstandsmitgliedes im Vereinsregister benötigt wird. <p>§ 25 Vereinsrat</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Vereinsrat besteht aus: <ol style="list-style-type: none"> den Vorstandsmitgliedern nach § 21 dieser Satzung, den Abteilungsleitern oder deren Stellvertretern, dem Schriftführer, dem Beauftragten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, dem Koordinator des Sportbetriebes

<p>f) dem Vereinsjugendleiter, g) bis zu drei Beisitzern</p> <p>2. Der Vereinsrat vertritt den Verein nach innen und unterstützt die Abteilungen in deren sportlichen Entwicklung und Ausrichtung. Er berät und unterstützt den Vorstand in allen grundsätzlichen Angelegenheiten, die den Verein betreffen.</p> <p>3. Der Vereinsrat ist unter anderem für folgende Aufgaben verantwortlich, soweit nicht Zuständigkeiten bereits an anderer Stelle dieser Satzung festgelegt wurden: a) Genehmigung des Jahresabschlusses, b) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Geschäftsjahr, c) Vertretung der Interessen der Abteilungen, d) Zustimmung zu Abteilungsrichtlinien, e) Einrichtung und Auflösung von Abteilungen, f) Beschluss über die Erhebung von Gebühren, g) Beschluss über Rechtsgeschäfte von mehr als 20.000 € bis zu 100.000 €.</p> <p>4. Für die Einberufung einer Sitzung des Vereinsrates gelten die gleichen Regelungen wie für den Vorstand.</p> <p>5. Der Vereinsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als 50% seiner Mitglieder bei der Sitzung anwesend sind.</p> <p>6. Die Amtszeit des Vereinsrates beträgt drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Abwesende können gewählt werden, wenn sie Ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes vorher schriftlich erklärt haben.</p> <p>7. Scheidet ein einzelnes Vereinsratsmitglied während der laufenden Amtsperiode gleich aus welchem Grund aus, so kann der Vereinsrat ein kommissarisches Vereinsratsmitglied berufen. Diese Berufung ist auf jeden Fall auf die restliche Amtszeit der laufenden Amtsperiode des Vereinsrats beschränkt und wird mit der regulären Wahl durch die nächste Mitgliederversammlung hinfällig.</p>
<p>§ 26 Geschäftsführer</p> <p>1. Die Führung der Geschäftsstelle des Vereins sowie alle laufenden und allgemeinen Angelegenheiten der Geschäftsführung und Verwaltung können durch einen Geschäftsführer wahrgenommen werden.</p> <p>2. Unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Vereins kann der Geschäftsführer durch den Verein angestellt werden. Für den Fall der Anstellung werden Einzelheiten im Anstellungsvertrag und in der Stellenbeschreibung durch den Vorstand geregelt. Die Entscheidung über die Anstellung trifft der Vereinsrat.</p> <p>3. Der Geschäftsführer ist, unabhängig von einer Anstellung nach Absatz 2, "Besonderer Vertreter des Vereins" entsprechend § 30 BGB. Er wird nicht in das Vereinsregister eingetragen.</p> <p>4. Im Rahmen seiner Aufgaben vertritt der Geschäftsführer den Verein im Innen- und Außenverhältnis. Im Außenverhältnis darf der Geschäftsführer von seiner Vertretungsmacht nur bis zu einem Geschäftswert in Höhe von € 5.000 Gebrauch machen. Rechtsgeschäfte, die über diesem Geschäftswert liegen, fallen in die Zuständigkeit des Vorstandes oder anderer Organe des Vereins, auch wenn es sich um eine laufende Angelegenheit und damit um eine Zuständigkeit des Geschäftsführers handelt.</p> <p>5. Der Geschäftsführer ist nicht berechtigt, Rechtsgeschäfte über wiederkehrende Leistungen und Dauerschuldverhältnisse einzugehen. Die Zuständigkeit in Personalangelegenheiten liegt ausschließlich beim Vorstand.</p> <p>6. Der Geschäftsführer untersteht unmittelbar dem Vorstand und ist nur diesem gegenüber verantwortlich und weisungsgebunden. Der Geschäftsführer erhält seine Aufgaben unmittelbar vom Vorstand. Im Übrigen gilt die Stellenbeschreibung des Geschäftsführers. In dieser werden die einzelnen Aufgaben und Zuständigkeiten sowie der zugewiesene Geschäftskreis im Sinne von § 30 Satz 2 BGB im Einzelnen geregelt.</p> <p>7. Der Vorstand kann die Bestellung des Geschäftsführers vor Ablauf der Amtszeit nur widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch den Vorstand oder die Mitgliederversammlung.</p>
<p>§ 27 Die Vereinsjugend</p> <p>1. Die Jugend des Vereins ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz.</p> <p>2. Die Jugend des Vereins führt und verwaltet sich selbstständig und entscheidet über die ihr über den Haushalt des Vereins zufließenden Mittel im Rahmen der Grundsätze gemäß § 3 dieser Satzung unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit des Vereins.</p> <p>3. Das Nähere regelt die Jugendordnung, die von der Jugendversammlung des Vereins beschlossen wird. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung.</p> <p>4. Der Vereinsjugendleiter oder der Stellvertreter sind Mitglieder des Vereinsrates.</p> <p>5. Der Vereinsjugendleiter oder sein Stellvertreter erfüllt seine Aufgaben im Rahmen dieser Vereinssatzung, der Jugendordnung sowie der Beschlüsse der Jugendversammlung.</p>
<p>§ 28 Vergütungen für die Vereinstätigkeit</p> <p>1. Die Organmitglieder des Vereins üben ihre Tätigkeit grundsätzlich ehrenamtlich aus.</p> <p>2. Für den Verein ehrenamtlich Tätige können Aufwendersatz im Rahmen der geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen erhalten. Einzelheiten dazu regelt die Finanzordnung des Vereins.</p>

<p>3. Vorstands- oder Vereinsratsämter können entgeltlich auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden. Die Entscheidung darüber trifft der Vereinsrat. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.</p> <p>4. Der Vorstand ist ermächtigt, Tätigkeiten (z.B. für Gebäudeunterhaltung, Büroarbeiten usw.) für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung (z.B. Dienst- oder Werkvertrag) oder Aufwandsentschädigung (z.B. an Übungsleiter) zu beauftragen.</p> <p>5. Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der Vorstand ermächtigt, hauptamtlich Beschäftigte anzustellen.</p> <p>6. Weitere Einzelheiten regelt die Finanzordnung des Vereins, die von der Mitgliederversammlung erlassen und geändert wird.</p>
<p>F. Abteilungen, Ausschüsse</p> <p>§ 29 Abteilungen</p> <p>1. Für die im Verein betriebenen Sportarten können durch Beschluss des Vereinsrates Abteilungen gebildet werden, denen ein Abteilungsleiter vorsteht. Die Abteilungen sind rechtlich unselbständig.</p> <p>2. Der Abteilungsleiter wird durch die Abteilungsversammlung gewählt. Kommt keine Abteilungsversammlung zustande, erfolgt die Wahl durch die Mitgliederversammlung.</p> <p>3. Abteilungen können sich auf Beschluss der Abteilungsversammlung eine Abteilungsrichtlinie geben. Dabei sind die Bestimmungen der Satzung und bestehender Vereinsordnungen bindend.</p> <p>4. Zu einer Abteilungsversammlung ist mit einer Frist von sieben Tagen einzuladen. Jede Abteilungsversammlung, zu der fristgerecht eingeladen wurde, ist beschlussfähig. Es sind alle Mitglieder der Abteilung stimmberechtigt. Bei Kindern unter 12 Jahren ist das Stimmrecht durch den/die Sorgeberechtigte/n wahrzunehmen.</p> <p>5. Verträge, die ein Dauerschuldverhältnis begründen oder die Abteilung zu laufenden Leistungen verpflichten, insbesondere Vereinbarungen mit Sportlern, Übungsleitern und Trainern sowie Mietverträge oder Verträge über den laufenden Bezug von Waren und sonstige Leistungen, können rechtsverbindlich nur vom Vorstand abgeschlossen werden.</p> <p>6. Der Abteilungsleiter ist "Besonderer Vertreter des Vereins" gemäß § 30 BGB. Er wird nicht in das Vereinsregister eingetragen. Er ist berechtigt, für den Geschäftsbereich seiner Abteilung den Verein nach außen zu vertreten. Die Vertretungsberechtigung gilt nur bis zu einem Geschäftswert in Höhe von 500 €. Darüber hinaus ist die ausschließliche Zuständigkeit des Vorstandes gegeben.</p> <p>7. Die Abteilungen werden im Innenverhältnis gegenüber dem Gesamtverein grundsätzlich durch den Abteilungsleiter oder dessen Stellvertreter vertreten.</p>
<p>§ 30 Ausschüsse</p> <p>1. Vorstand und Vereinsrat sind ermächtigt, Ausschüsse befristet oder projektbezogen zu berufen und die damit zusammenhängenden Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise festzulegen.</p> <p>2. Die Ausschüsse unterstehen dem Vorstand und sind diesem für ihre Arbeit verantwortlich.</p> <p>3. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen nicht Vereinsmitglied sein.</p>
<p>G. Sonstige Bestimmungen</p> <p>§ 31 Datenschutzbeauftragter</p> <p>1. Zur Sicherstellung der Ausgaben und Pflichten nach der EU-Datenschutzgrundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) benennt der Vorstand einen Datenschutzbeauftragten. Der Vorstand ist ermächtigt, auch einen externen Dritten mit der Wahrnehmung der Aufgabe zu beauftragen. Die Amtszeit des Datenschutzbeauftragten entspricht der des Vorstandes.</p> <p>2. Der Datenschutzbeauftragte darf nicht einem anderen Organ des Vereins angehören und ist in seiner Funktion unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Der Datenschutzbeauftragte unterliegt im Rahmen seiner Tätigkeit keinen Weisungen eines Vereinsorgans.</p> <p>3. Die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten des Vereins ergeben sich aus der EU-Datenschutzgrundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz. Über seine Tätigkeit wird der Vorstand regelmäßig unterrichtet. Der Datenschutzbeauftragte schlägt dem Vorstand erforderliche rechtliche und organisatorische Maßnahmen im Bereich des Datenschutzes und der Datensicherheit vor.</p>
<p>§ 32 Datenschutzordnung des Vereins</p> <p>1. Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins erfolgt nur, soweit dies zur Erfüllung des Satzungszweckes erforderlich ist und eine Rechtsgrundlage oder eine ausdrückliche Einwilligung des Betroffenen für die Verarbeitung personenbezogener Daten vorliegt.</p> <p>2. Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verein erfolgen im Rahmen der Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes.</p> <p>3. Zur weiteren Ausgestaltung und zu den Einzelheiten der Datenerhebung und Daten erlässt der Verein eine Datenschutzordnung, die auf Vorschlag des Vorstands durch die Mitgliederversammlung beschlossen wird.</p>
<p>§ 33 Vereinsordnungen</p> <p>1. Der Verein gibt sich Ordnungen zur Regelung der internen Vereinsabläufe.</p>

<p>2. Alle Ordnungen des Vereins sind nicht Satzungsbestandteil.</p> <p>3. Folgende Ordnungen können unter anderem erlassen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> Geschäftsordnung, Beitragsordnung, Finanzordnung, Reisekostenordnung, Ehrenordnung, Jugendordnung, Datenschutzordnung <p>4. Für den Erlass, Änderung etc. ist ausschließlich die Mitgliederversammlung zuständig, sofern in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist. Eine Jugendordnung wird durch die Mitgliederversammlung bestätigt.</p>
<p>§ 34 Haftungsausschluss</p> <p>1. Ehrenamtlich Tätige haften für Schäden gegenüber den Mitgliedern und gegenüber dem Verein, die sie in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Dies gilt auch, soweit sie für ihre Tätigkeit eine Vergütung erhalten oder in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.</p> <p>2. Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern bzw. Teilnehmern an Sportkursen im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden oder Verluste, die diese bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen und Geräten des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden oder Verluste nicht durch die Versicherungen des Vereins gedeckt sind.</p>
<p>§ 35 Kassenprüfung / Prüfungsumfang</p> <p>1. Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder mindestens zwei Kassenprüfer, die nicht dem Vorstand oder einem sonstigen Organ des Vereins angehören dürfen.</p> <p>2. Die Amtszeit der Kassenprüfer beträgt zwei Jahre, wobei jedes Jahr ein Prüfer ausscheidet und ein anderer Prüfer neu zur Wahl ansteht.</p> <p>3. Die Kassenprüfer sind zur Prüfung der Kassen einschließlich des Belegwesens und sämtlicher Unterlagen des Vereins in sachlicher und rechnerischer Hinsicht, einschließlich der Unterlagen etwaiger Abteilungen und Sonderkassen, berechtigt und verpflichtet.</p> <p>4. Der Prüfungsbericht ist der Mitgliederversammlung vorzulegen und zu erläutern. Bei festgestellten Beanstandungen ist der Vorstand vorab unverzüglich zu unterrichten.</p> <p>5. Weitere Einzelheiten der Tätigkeit der Kassenprüfer kann die Mitgliederversammlung in einer Finanzordnung des Vereins regeln.</p>
<p>§ 36 Ehrungen und Auszeichnungen</p> <p>1. Der Verein ehrt Mitglieder für außergewöhnliche sportliche Leistungen, für langjährige Mitgliedschaft sowie Mitglieder und andere Personen für besondere Verdienste um den Verein. Näheres kann in einer Ehrenordnung geregelt werden.</p>
<p>§ 37 Auflösung des Vereins und Vereinsvermögen</p> <p>1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck unter Einhaltung einer sechswöchigen Frist einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.</p> <p>2. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.</p> <p>3. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind im Falle der Auflösung der 1. und 2. Vorsitzende als die Liquidatoren des Vereins bestellt.</p> <p>4. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an den Landessportbund Hessen, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.</p>
<p>§ 38 Gültigkeit der Satzung</p> <p>1. Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 22. November 2024 beschlossen.</p> <p>2. Die Satzung tritt mit der Eintragung ins Vereinsregister in Kraft. Notwendige Änderungen dieser Satzung, welche für die Eintragung ins Vereinsregister oder zur Erlangung der Gemeinnützigkeit nach §52 AO erforderlich sind, können vom Vorstand vollzogen werden. Die Mitglieder sind über die vorgenommenen Änderungen zu informieren.</p> <p>3. Die bisherige Satzung des Vereins vom 28. November 2011 tritt damit außer Kraft.</p> <p>4. Alle bisherigen Ordnungen des Vereins bleiben übergangsweise bis zur Neuerstellung in Kraft.</p>